

Wahlrecht für alle, die hier leben!

Die Pass-Egal-Wahl und die wachsende Demokratiekluft in Österreich

Magdalena Stern

*Seit Jahren wächst in Österreich die Kluft zwischen Gesamtbevölkerung und Wahlberechtigten. Die sozial ausgrenzenden Einbürgerungsbestimmungen führen dazu, dass immer mehr Menschen, die dauerhaft in Österreich leben, von der politischen Gestaltung der eigenen Lebensverhältnisse ausgeschlossen sind. Denn: Das Wahlrecht ist in Österreich auf fast allen Ebenen an die Staatsbürger*innenschaft gekoppelt. Mit der „Pass Egal Wahl“ setzt sich SOS Mitmensch seit 2013 aktiv gegen diese wachsende Demokratiekluft ein.*

„Die Menschen stellen sich hier gerade an, um ihre Stimme abgeben und wählen zu können. Sie sind bei der Nationalratswahl nicht wahlberechtigt, aber sie wollen ein Zeichen für eine offene, lebendige und inklusive Demokratie setzen“, so SOS-Mitmensch-Sprecher Alexander Pollak in einem Video zur Pass Egal Wahl 2019. Darin geht er die fast 100 Meter lange Wahlschlange vor dem Wahlzelt ab und braucht dafür über eine Minute. Zu diesem Zeitpunkt konnte man bereits erahnen, dass die Pass Egal Wahl mit einer Rekordbeteiligung enden würde. Wenige Stunden später stand das Ergebnis dann fest: Insgesamt nahmen fast 4.000 Menschen mit Pässen aus 95 verschiedenen Ländern teil. Darunter auch mehr als 1.000 österreichische Staatsbürger*innen, die damit ihre Solidarität zum Ausdruck brachten. Warum aber stellen sich Menschen fast eine Stunde an, um ihre Stimme bei einer symbolischen Wahl abzugeben?

Wachsende Kluft

Seit Jahren wächst in Österreich die Kluft zwischen Gesamtbevölkerung und Wahlberechtigten. Besonders brisant ist die demokratiepolitische Lage in der Bundeshauptstadt: In Wien ist inzwischen jede dritte Person¹ von der Teilnahme an der Gemeinderatswahl ausgeschlossen. Der Handlungswille von Seiten der

¹ 30,1% oder 486.659 Wiener*innen im wahlberechtigten Alter waren von der Teilnahme an den Landtags- und Gemeinderatswahlen im Herbst 2020 ausgeschlossen (Statistik Austria 2020a).

Politik, an dem Wahlausschluss von so vielen Menschen etwas zu ändern, hält sich bisher in Grenzen.

Mit der Pass Egal Wahl setzt sich SOS Mitmensch seit 2013 aktiv gegen dieses Auseinanderdriften von Gesamtbevölkerung und Wahlberechtigten ein. Die Aktion bietet Betroffenen des Wahlausschlusses die Möglichkeit, zumindest symbolisch ihre Stimme abzugeben. Dabei sind die Pass Egal Wahlen sowohl eine Protestaktion als auch ein Ermächtigungsprojekt und entfalten in diesen beiden Dimensionen ihre Wirkung.

Fünfmal konnten bereits alle EinwohnerInnen von Wien unabhängig von ihrer Staatsbürger*innenschaft bei einer Pass Egal Wahl in Österreich ihre Stimme abgeben. Die Wahlen wurden immer so authentisch wie möglich gestaltet. Es gibt Wahlzelte, originale Wahlkabinen und Wahlurnen sowie von Parteien entsandte Wahlbeisitzer*innen. Jede abgegebene Stimme von Personen ohne österreichischen Pass wird ausgezählt und anschließend das Wahlergebnis verkündet. Die Wahlen sind ein wichtiges Zeichen sowohl gegen Demokratieausschluss als auch gegen den sozialen Ausschluss von dauerhaft in Österreich lebenden Menschen.

Wie ein Mensch zweiter Klasse

Eine von ihnen ist die 35-jährige Maiko. Die Tochter einer japanischen Staatsbürger*in und eines staatenlosen Vaters ist in Österreich geboren und aufgewachsen und beschreibt die zutiefst frustrierende Situation: „Ich bin hier durch das komplette Schulsystem gegangen. Ich habe hier studiert und arbeite seit meinem 17. Lebensjahr, trotzdem habe ich kein Wahlrecht in Österreich. Es ist für ‚normale‘ Österreicher*innen, glaube ich, kaum vorstellbar, was das mit einem Menschen macht. Ich fühle mich manchmal wie ein Mensch zweiter Klasse. Machtlos mit ansehen zu müssen, was politisch in diesem Land passiert, ohne mitgestalten zu können und mein demokratisches Recht anwenden zu können, ist frustrierend, denn ich will mitbestimmen und ich will Teil dieser Gesellschaft sein.“ Einmal schon versuchte Maiko die Staatsbürger*innenschaft zu beantragen. Das war vor sieben Jahren. Damals wurde ihr geraten, mit dem Antrag zu warten, bis sie ihr 30. Lebensjahr vollendet hat. Maiko war bis vor einigen Jahren hauptsächlich (temporäre Teilzeitbeschäftigungen ausgenommen) freischaffende Künstlerin und ist erst seit ein paar Jahren in einem Vollzeit-Dienstverhältnis. Aufgrund der prekären Arbeitsverhältnisse und der oft stark divergierenden Einkommen, die die Kunst- und Kulturbranche mit sich bringt, bleibt sie weiterhin von politischer Teilhabe ausgeschlossen. Denn wer österreichische Staatsbürger*in werden möchte, muss über einen Zeitraum von drei Jahren innerhalb der letzten sechs Jahre ein bestimmtes Mindesteinkommen nachweisen. Die Höhe dieses Mindesteinkommens führt in Österreich dazu, dass Menschen dauerhaft vom Erwerb der Staatsbürger*innenschaft ausgeschlossen bleiben. Die Einkommensanforderungen sind derart hoch, dass rund 60 Prozent der österreichischen Arbeiter*innen diese nicht erfüllen können (Rössl / Valchars 2019: 306).

Nicht wenige Menschen reagieren auf die Diskussion rund um Wahlrecht und Einbürgerung mit Sätzen wie: „Wahlrecht muss aber Staatsbürger*innenrecht bleiben“ oder: „Warum bemühen sich diese Menschen nicht einfach um die österreichische Staatsbürger*innenschaft?“ Es ist ein weit verbreiteter Irrglaube, dass es einfach wäre, österreichische*r Staatsbürger*in zu werden. Das zeigt auch die niedrige Einbürgerungsrate. Diese liegt in Österreich derzeit bei nur 0,7 Prozent (Statistik Austria 2020b). Das heißt, von 1.000 Personen ohne österreichische Staatsbürger*innenschaft werden pro Jahr nur sieben eingebürgert, 993 bleiben von einer Teilhabe ausgeschlossen.

Beteiligung schafft Zugehörigkeit

Was könnte nun die Politik tun, um der seit Jahren wachsenden Demokratiekluft entgegenzuwirken? Hebel zur Verbesserung des Status Quo finden sich beim Wahlrecht und bei den Einbürgerungsbestimmungen. Für die Änderung des Wahlrechts bedarf es allerdings einer Zweidrittelmehrheit im Parlament. Deutlich schneller umsetzbar wären Lockerungen der restriktiven und sozial ausgrenzenden Einbürgerungsbestimmungen. Denn solange das Wahlrecht auf fast allen Ebenen an die Staatsbürger*innenschaft gekoppelt ist, ist das Einbürgerungsrecht die zentrale Hürde zum Recht auf demokratische Mitbestimmung. Vor allem das von der damaligen ÖVP-FPÖ-Regierung verabschiedete Fremdenrechtspaket aus dem Jahr 2005 mit seinen Verschärfungen beim nachzuweisenden Mindesteinkommen hat zur Konsequenz, dass heute wieder Menschen aufgrund ihrer ökonomischen Situation von Wahlen ausgeschlossen werden. Die Situation für hier lebende Menschen ohne österreichischen Pass erinnert an das Zensuswahlrecht des 19. Jahrhunderts, als ausschließlich wohlhabende Menschen wählen durften.

In der politischen Debatte erleben wir seit Jahren vor allem eines: Die ausgeschlossene Wähler*innengruppe wird für einen ausgrenzenden Diskurs missbraucht, der immer wieder auch rassistische Züge annimmt. Es werden gezielt Ängste geschürt und es wird gemutmaßt, wie diese Menschen wählen würden, wenn sie denn dürften. Dabei gibt es dazu in Österreich keine Erhebungen bzw. Daten – wir wissen es schlichtweg nicht. Und um die Frage nach dem „Wie“ sollte es bei der Debatte um politische Mitbestimmung ohnehin nicht gehen. Denn: Demokratie lebt von Beteiligung. Nur Beteiligung schafft Zugehörigkeit und nur Beteiligung verleiht Menschen im wahrsten Sinne des Wortes eine Stimme. Ziel sollte es sein, unsere Demokratie für jene Menschen zu öffnen, die hier leben, und jene Menschen, die hier leben, für unsere Demokratie zu öffnen.

Magdalena Stern ist Mitarbeiterin für Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit im Koordinationsbüro der Menschenrechtsorganisation SOS Mitmensch, die anlässlich der Wien-Wahl 2020 zum fünften Mal eine „Pass Egal Wahl“ abgehalten hat.

Mögliche Quellenangabe

Stern, Magdalena (2020): Wahlrecht für alle, die hier leben! Die Pass-Egal-Wahl und die wachsende Demokratiekluft in Österreich. In: Die Armutskonferenz et al. (Hrsg.): Stimmen gegen Armut. BoD-Verlag, S. 213–216.

www.armutskonferenz.at/files/stern_wahlrecht-fuer-alle_2020.pdf

Literatur

Rössl, Ines / Valchars, Gerd (2019): Einbürgerung, Einkommen und Geschlecht. Hürden beim Zugang zum Wahlrecht. In: Herausgeberinnenkollektiv Blaustrumpf ahoi! (Hrsg.): „Sie meinen es politisch!“ 100 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich. Wien: Löcker Verlag, S. 301–312.

Statistik Austria (2020a): Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Geburtsland. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_staatsangehoerigkeit_geburtsland/index.html [Zugriff: 13.07.2020].

Statistik Austria (2020b): Einbürgerungen. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/einbuengerungen/index.html [Zugriff: 15.07.2020].

Der Artikel entstammt dem Buch

STIMMEN GEGEN ARMUT

Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung
die Demokratie gefährden




DIE ARMUTSKONFERENZ.

Herausgegeben von
**Die Armutskonferenz, Margit Appel, Verena Fabris,
Alban Knecht, Michaela Moser, Robert Rybaczek-Schwarz,
Martin Schenk, Stefanie Stadlober**

BoD-Verlag

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Stimmen gegen Armut – Stimmen für mehr Demokratie und Mitbestimmung 9

Margit Appel, Verena Fabris, Alban Knecht, Michaela Moser,
Robert Rybaczek-Schwarz, Martin Schenk, Stefanie Stadlober

EIN-STIMMUNG

Armut als Störfaktor 19

Über die Entwertung von Betroffenen

Laura Wiesböck

Soziale Ausschließung und die Grenzen der repräsentativen Demokratie 27

Die Perspektive from below

Ellen Bareis

Grenzen der Demokratie – Teilhabe als Verteilungsproblem 41

Ein Gespräch zum Buch

Stephan Lessenich im Gespräch mit Margit Appel

Refeudalisierung als Gefahr für die Demokratie 55

*Der Zusammenhang von steigender Ungleichheit und sinkendem Vertrauen
in demokratische Institutionen*

Jakob Kapeller

Postdemokratie 71

Wie Ungleichheit und Armut die Demokratie gefährden

Colin Crouch

Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie 83

*Wenn Armutsbetroffene nicht zu Wahlen gehen und ihre Anliegen
kein Gehör finden*

Martina Zandonella

STIMMEN FÜR SOLIDARITÄT UND SOZIALE SICHERUNG

Solidaritätsvorstellungen, soziale Ungleichheit und Sozialstaat 97

Über das unterschiedliche Verständnis von Solidarität in unserer Gesellschaft

Carina Altreiter, Jörg Flecker, Ulrike Papouschek

Anerkennung von Unsicherheit als Normalzustand 107

Implikationen für eine radikalisierte Sozialpolitik

Arno Pilgram

Partizipation statt Teilhabe in Einrichtungen der neuen Mitleidsökonomie 115

Hannah-Maria Eberle

STIMMEN FÜR DEMOKRATIE IN DER ARBEITSWELT

Psychologische Auswirkungen von demokratischen Praktiken in Organisationen 131

Stimmen für Demokratie in der Arbeitswelt

Christine Unterrainer

Kommentar

Über strukturelle Erniedrigung und die Furcht vor Mitbestimmung 141

Demokratie in der Erwerbsarbeit und -arbeitslosigkeit

Wolfgang wodt Schmidt

Das Genossenschaftsprojekt OTELO 145

Eine Genossenschaft für kooperatives Wirtschaften

Martin Hollinetz

Das Grundeinkommens-Projekt *Sinnvoll Tätig Sein* im niederösterreichischen Heidenreichstein 149

Reinkommen statt ‚draußen sein‘

Karl Immervoll

Digitalisierung inklusiv gestalten 153

Chancen und Risiken für Teilhabe im digitalen Zeitalter

Schifteh Hashemi und Clara Moder

Kommentar	
Wenn Algorithmen für uns entscheiden	163
Erich Tomandl	

STIMMEN GEGEN AUSGRENZUNG IN DER SCHULE

Individuelle Bildung kann kein Ausweg aus kollektiver Armut sein	167
<i>Eine Erinnerung</i>	
Roman Langer	

„... da müsst ihr ja ganz viel zuhören!“	177
<i>Transkulturelle Elternarbeit an Wiener Volksschulen</i>	
Lydia Linke	

STIMMEN FÜR EINE GERECHTE STADT

Gentrifizierung im öffentlichen Raum	183
<i>Aufwertung und Verdrängung als Prozesse urbaner Ungleichheit</i>	
Mara Verlič	

Kollektives Füreinander-Sorge-Tragen – die spanische Bewegung gegen Zwangsräumungen	193
<i>Von Scham, Isolation und Ohnmacht zu politischer Selbstorganisation</i>	
Nikolai Huke	

Kommentar	
Proteststimmen von unten	203
<i>Ein persönlicher Zugang zu Protest als Antwort auf den Turbokapitalismus</i>	
Anna Schiff	

LAUTER STIMMEN FÜR ALLE!

Exklusive Demokratie	207
<i>Vom Wahlrechtsausschluss fremder Staatsangehöriger</i>	
Antonia Wagner	

Wahlrecht für alle, die hier leben!	213
<i>Die Pass-Egal-Wahl und die wachsende Demokratiekluft in Österreich</i>	
Magdalena Stern	

STIMMEN FÜR MITBESTIMMUNG

Politik und Zufall	219
<i>Wie es durch Bürger*innenräte gelingt, Menschen zu aktivieren</i>	
Michael Lederer	

Stimme(n) erheben	225
<i>Legislatives Theater als Beitrag zur partizipativen Demokratie</i>	
Michael Wrentschur und Silvia Phönix Gangl	

Mit Partizipation der Beschämung von Armutsbetroffenen entgegenwirken	231
Alban Knecht	

Gesetzeswerkstatt zum Sozialhilfegesetz	237
<i>Das Sozialhilfegesetz mit Betroffenen und Expert*innen neu formulieren</i>	
Marianne Schulze	

Nutzer*innen-Partizipation in sozialen Organisationen	241
<i>Status Quo, Defizite, Perspektiven</i>	
Michaela Moser	

STIMMEN GEGEN ARMUT!


Forderungen der 12. Armutskonferenz und Folgen der Corona-Krise	247
Verena Fabris und Martin Schenk	

DIE ARMUTSKONFERENZ.	257
<i>Es ist genug für alle da!</i>	
<i>Armut bekämpfen. Armut vermeiden.</i>	

**Die 12. Österreichische Armutskonferenz und
diese Publikation wurden gefördert von**



 Bundesministerium
Arbeit, Familie und Jugend

 Bundesministerium
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

 Bundeskanzleramt
Bundesministerin für Frauen,
Familien und Jugend



**SCHLECHT
BEZAHLTE
ARBEIT IST
WORK OHNE LIFE
UND BALANCE.**

Machen wir uns stark für einen Sozialstaat,
der uns vor Ausbeutung schützt.

WIR - GEMEINSAM. AT

Eine Initiative der ARMUTSKONFERENZ.

volkshilfe.

SPENDE
JETZT!

KINDERARMUT ABSCHAFFEN.AT

Spendenkonto:

IBAN AT77 6000 0000 0174 0400 | Verwendungszweck: Kinderarmut

Online spenden unter:

www.kinderarmut-abschaffen.at | spenden@volkshilfe.at



www.diakonie.at

Jetzt spenden: AT07 2011 1800 8048 8500



Diakonie



Hoffnung braucht ein Ja.

Durch die Frühförderung der Diakonie hat Lilli ihre Liebe zu Büchern und Musik entdeckt.

**Lilli, Hoffnungsträgerin,
von uns begleitet seit 2008**